

## J u l a n d.

Berlin, den 15. Sept. Sr. Durchlaucht der Herzog Karl zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Oldenburg ist aus Holstein, und der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königl. Schwedischen und Norwegischen Hofe, Kammerherr von Grassier de St. Simon, von Stockholm hier angekommen.

In der am 20. d. M. Nachmittags 3 Uhr stattfindenden öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten werden nachstehend verzeichnete Gegenstände zur Berathung gelangen: 1) betrifft die Etatsprojekte für die Kammerei- und Schul-Kassenverwaltung pro 1849/51; 2) den Zuschuß für die Armenverwaltung; 3) die Rechnung der Armenkasse pro 1847; 4) die Forderung des Hüttnann für Eingartirung; 5) Verpachtungen; 6) die Einführung der Wildprettsteuer; 7) das Ausscheiden der Stadt Posen aus dem Provinzial-Feuer-Societäts-Zwangs-Verbande und 8) persönliche Angelegenheiten.

Posen, den 16. Sept. 1848. Der Vorsteher Knorr.

Posen, den 16. Septbr. Heute morgen durchliefen wunderliche Gerüchte das Publikum. Es hieß, in der verwichenen Nacht sei ein Zusammenstoß zu erwarten gewesen, die Posten sämmtlich hätten gemessenste Befehle gehabt, auf der Hut zu sein, und die Artillerie sei mit Cartouchen versehen worden. Wir können jedoch aus bester Quelle versichern, daß diese Angaben zum Theil ganz falsch, zum Theil übertrieben waren. Als wahr und richtig bleibt nur so viel davon stehen, daß der erste Kommandant von Posen, General-Lieutenant v. Steinäcker, auch die höchste, unermülichste, militairische Wachsamkeit unter so vielen Eigenschaften besitzt, die in seltenem Verein ihn für seine hiesige Stellung geschickt machen. So lange er wacht, mögen die Pofener sicher ruhen.

Posen, den 16. Septbr. Gestern Vormittag ist der General-Postmeister v. Schaper auf der Eisenbahn wieder nach Berlin zurückgekehrt. Derselbe war eigens von dort herübergekommen, um das hiesige Ober-Postamt mit allen seinen Verwaltungszweigen selbst zu inspiciiren. Das Resultat scheint ein für beide Theile gleich befriedigendes gewesen zu sein, und die Leutseligkeit des hohen Staatsbeamten wird allgemein gepriesen.

Posen, den 16. September. Unseren Lesern werden einige Mittheilungen über die Vertreter unserer Stadt in Frankfurt und Berlin nicht unerwünscht sein. — Die Stellung des Pofener Abgeordneten in der Deutschen National-Versammlung war bekanntlich von Anfang an eine insofern ganz eigenthümliche, als seine Thätigkeit, abgesehen von der allgemeinen, wie sie jedem Mitglied des Parlaments geboten ist, sich vorzugsweise auf die Anerkennung der geschiedenen Einverleibung Pofens in Deutschland wenden mußte, da hiermit die Berechtigung der Pofener Abgeordneten und ihre Zugehörigkeit zur National-Versammlung überhaupt in Frage stand. Es ist bekannt, wie im Verlauf der langen Verhandlungen über diesen Gegenstand sich die Interessen der westlichen Kreise des zu Deutschland geschlagenen Theils von denen der östlichen insofern schieben, als gerade der Einverleibung dieser letztern größere Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, und es eines nicht geringen Aufwands von Ausdauer und Fleiß seitens der betreffenden Abgeordneten in zahlreichen Vorversammlungen, in den Abtheilungen und bei der Debatte selbst bedurfte, um den Gegenstand zu der stattgehabten, höchst glücklichen Lösung zu bringen. Unser Abgeordneter hat damals keinen Augenblick ungenüht vorübergehen lassen, um die nöthigen Informationen nach allen Seiten hin, gestügt sowohl auf die ihm fortwährend von hier aus zugegangenen Materialien, als auf Grund der ihm eigenthümlichen genauesten Kenntniß unserer provinziellen Verhältnisse zu ertheilen; er hat insbesondere jede Gelegenheit benützt, die gefährdeten Interessen der Stadt Posen aufs Nachdrücklichste zu verfechten. Wir können hinzufügen, daß auch nach jener Zeit und bis auf den jetzigen Augenblick Hr. Wiebig unablässig bemüht ist, für die schleunigste Erfüllung des betreffenden Beschlusses der National-Versammlung und das Ziehen der Demarkationslinie zu wirken, er hat sich deshalb zu wiederholten Malen mit dem Bureau der National-Versammlung und mit der Central-Verwaltung, wie mit der Regierung und mit unserm Abgeordneten in Berlin in Verbindung gesetzt und es steht jetzt namentlich in Folge einiger von Frankfurt aus geschener Schritte die endliche Bestimmung jener Linie in Aussicht. Herr Wiebig gehört übrigens in Frankfurt der Partei des rechten Centrums an, in deren regelmäßigen Vorversammlungen er sehr thätig ist, und das Verzeichniß der namentlichen Abstimmungen giebt über seine Auffassung der einen oder anderen Frage genaue Auskunft. Nur wäre noch hervorzuheben, wie er bei Beurtheilung der Verhältnisse vorzugsweise den allgemeinen deutschen Gesichtspunkt im Auge hat, und keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um für das Ziel der Versammlung, die Einigung und die Kräftigung Deutschlands nach Innen und Außen zu wirken, eine Aufgabe, die ganz besonders der Abgeordnete der Stadt Posen aus naheliegenden Gründen zu verfolgen hat.

Hr. Neumann nahm bald nach seiner Ankunft in Berlin seinen Platz im linken Centrum ein, bei dessen Organisation er mit den Abgeordneten Gierke, Rodbertus und Kosch besonders wirksam war. Eine Zeitlang übte er in den damals so sehr wichtigen Vorversammlungen dieser Fraktion durch seine parlamentarische Tüchtigkeit und Sachkenntniß den wesentlichsten Einfluß aus, war auch in den Abtheilungen angestrengt thätig, als eine lebensgefährliche Krankheit ihn plötzlich aus Verhältnissen riß, die seiner Befähigung und seinem Eifer besonders angemessen schienen. Von schweren körperlichen Leiden kaum geheilt, gab er sich in Aussicht auf allmätige Genesung wieder den Geschäften hin, erlitt aber leider einen Rückfall, so daß er den letzten bedeutungsvollen Sitzungen nicht einmal beiwohnen konnte. Herr Neumann hat in Folge seines gestörten Gesundheitszustands einen Urlaub von 8 Tagen genommen und sich, wie wir hören, bereits mit seinem Stellvertreter in Verbindung gesetzt, um

denselben nöthigenfalls nach Ablauf dieser Frist in seine Stelle rücken zu lassen. Wir können unser Bedauern über diese Störung in der Thätigkeit des Herrn Neumann nicht unterdrücken, weil wir Gelegenheit gehabt haben, uns von den wesentlichen Vortheilen, die seine vielfältigen, höchst ausgebreiteten Verbindungen in Berlin gerade der Pofener Sache brachten, zu überzeugen, und weil er nach allen Anzeichen berufen schien, in der Berliner National-Versammlung die Stadt Posen mit mehr als gewöhnlicher Befähigung zu repräsentiren.

Die besonderen Verhältnisse unserer Provinz haben einen regelmäßigen schriftlichen Verkehr zwischen dem Abgeordneten in Frankfurt und dem in Berlin nothwendig gemacht, der ununterbrochen stattfindet.

Berlin, den 14. September. Der Beschluß unserer Nationalversammlung vom 7. Septbr., ein trauriges Beispiel parlamentarischer Verirrung oder Feigheit, wird, fürchten wir, zu einem verhängnißvollen Wendepunkt unserer Geschichte. Strenge wird einst die Zukunft über jene Mischung von Bosheit, Blödsinn und Schwäche richten, die gleich dem Zauberlehrling wohl verstand, die dämonischen Gewalten zu vernichtender Thätigkeit aufzurütteln, aber bald händeringend und vielleicht vergebens nach dem Meister rufen wird, der die rasende Kraft bändigen soll. Jener Beschluß hat den Grund zur Demoralisation unserer Armee gelegt. Er war die Veranlassung, daß alle destruktiven Elemente, die unsere Stadt umschließt, sich mit einem Male auf das Heer geworfen haben, um hier den Geist des Ungehorsams, den Geist der Empörung hervorzulocken. Da lesen wir, um von den Zeitungen zu schweigen, einen Straßenanschlag „des demokratischen Bürgerwehrvereins“, dort einen andern vom „Bürger-Verein der Friedrich-Wilhelms-Stadt“, hier einen dritten von dem „demokratischen Vereine der Königsstadt“ — alle auf Verführung der Soldaten wohl berechnet. In dem letzterwähnten wird ihnen z. B. vorgezählt, was alles die Demokraten für sie erzielen wollen: 1) „daß die Dienstzeit bedeutend verkürzt werde, 2) daß der Sold erhöht werde, damit er zur Führung eines menschlichen Lebens (sic) ausreiche, 3) daß der Soldat außer der Dienstzeit alle Rechte und Freiheiten habe, die den andern Bürgern zustehen, 4) daß die Militärgerichte aufgehoben werden, 5) daß jedem Soldaten die Möglichkeit gegeben werde, sich die in den Offizier-Prüfungen geforderten Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben und dann durch alle Grade der Offiziersstellen zu avanciren, 6) daß die Offiziere bis zum Hauptmann von den Soldaten selbst gewählt werden, 7) daß die Disziplinarstrafen beschränkt werden.“ „Wahrhaftig“ wird dann hinzugefügt, „ihr müßtet stockblind sein, wenn ihr uns nicht aufs Kräftigste unterstützen wolltet!“ — Neben solch lockenden Tönen muß die gleichzeitig an den Straßenecken besetzte Ansprache des „Preussens-Vereins für konstitutionelles Königthum“, die zu Gehorsam und Treue mahnt, natürlich ganz tonlos verklingen. Unsere Stadt ist in einer fieberhaften Aufregung. Die militairischen Excesse in Potsdam, Köln, Frankfurt an d. D., sind in aller Munde und geben der Umsturzpartei die maßlosesten Hoffnungen.

Berlin, den 16. Septbr. Von der äußersten Linken der Nationalversammlung wird jetzt hier allgemein erzählt, daß sie entschlossen gewesen, falls sie am 7. September in der Offiziersfrage die Majorität nicht erlangt, vereint nach Breslau zu gehen, dort die Republik zu erklären und zugleich die Regierung in dieser Republik zu übernehmen.

Berlin. — Die Verfügung, nach welcher getaufte Juden wieder in das Judenthum zurücktreten können, findet mehr Anwendung, als man vermuthen konnte. Hier in Berlin sind bereits 10 Familien übergetreten, darunter Personen, welche seit beinahe 50 Jahren dem Christenthum angehören.

Held ist mit der demokratischen Partei durch sein Verhalten am 7. Sept. jetzt gänzlich zerfallen. Seine Charlatanerie, sein Wichtigthum, das zweideutige und geheimnißvolle seiner Verbindungen mit der Reactionspartei bietet den demokratischen Blättern reichen Stoff, das Volk vor ihm zu warnen. — Gestern wurden die Personen, welche wegen des Einbruchs in das Haus des Kaufmanns Benda zur Untersuchung gezogen waren, vom Criminalgericht wegen mangelnden Beweises freigesprochen. Bekanntlich hatte Herr Benda am 14. Juni den Verdacht auf sich geladen, bei der Erstürmung des Zeughauses Feuer kommandirt zu haben und dadurch den Tumult auf sein Haus gelenkt.

Berlin, den 14. Sept. Der Staats-Anzeiger giebt folgende amtliche Erklärung über die Vorfälle in Potsdam am 12. d. Mts. Einige Arretirungen, welche mit dem angeblichen Verbreiten einer Dant-Adresse an die National-Versammlung in durchaus keiner Beziehung standen haben, sind von Aufwieglern benützt worden, um mit Hülfe von Branntwein und Straßenjungen eine nicht beträchtliche Zahl von Soldaten zur Theilnahme an einem Straßenunfug zu verleiten, bei welchem von Hause aus von Befreiung der Arrestanten die Rede gewesen ist. Nachdem der Unfug um etwa 7½ Uhr in den abgelegenen Straßen stattgefunden hatte, wälzte sich die Menge, jetzt aber ohne Theilnahme der Soldaten, gegen das Militair-Arresthaus, zu dessen Schutz die nöthigen Maßregeln ergriffen waren. Da hier mit Steinen geworfen wurde und die Bürgerwehr anfangs nicht zahlreich genug versammelt war, so wurden durch Entsendung eiliger Züge Infanterie und einer Schwadron der Garde du Corps, welche im Schritt und mit gesprektem Gewehr vorrückte, im Verein mit den zwischen zusammengeworfenen Bürgerwehr-Mannschaften, die Massen zerstreut, doch stieß man nirgends auf irgend erheblichen Widerstand, und auch die Paars-Barrikaden, deren Errichtung versucht worden war, wurden ohne Weiteres fortgeräumt. Einzelne Garde du Corps wurden gröblich insultirt, dadurch ist geschahen, daß etliche Leute das Gewehr aufgenommen haben, um sich ihrer Haut zu wehren; bedeutende Verwundungen haben aber weder auf der einen noch der anderen Seite stattgehabt. Nach 11 Uhr Nachts trat Ruhe ein.

Berlin, den 15. September. Nach einer telegraphischen Nachricht hat Hr. v. Bederath den Eisenbahnzug versäumt, mit dem er nach seiner Herberung hier anlangen sollte. Derselbe konnte demnach erst gestern Abend, den 14., hier eintreffen, und alle Gerüchte über die von ihm verweigerte oder mißlungene Bildung eines Ministeriums waren voreilig.

— Wir sind im Stande, über die Sendung des Hrn. v. Raumer nach Paris folgende glaubhafte Nachrichten mitzutheilen. Hr. v. Raumer übernahm den ganz unerwarteten Auftrag in der Hoffnung, er werde nützlich für sein Vaterland wirken können. Er fand aber, daß die Verhältnisse in Paris keinesweges lagen, als man verleitet worden war, in Frankfurt anzunehmen. Es erhoben sich nämlich Bedenken über die neue Reichsgewalt: man wollte abwarten, was andere Europäische Staaten hinsichtlich des Reichsverwesers thun würden, man wollte ermitteln, ob dessen unbedingte Anerkennung nicht auf den Grund früherer Verträge, Mißverhältnisse mit Deutschen Staaten herbeiführen könne. In dem Augenblicke, wo diese Schwierigkeiten so gut wie beseitigt waren, erscholl die Kunde von den Frankfurter Beschlüssen und der Abdankung des Reichsministerii. Beides machte auf die französische Regierung den unangenehmsten Eindruck, und veranlaßte neue Zweifel und Bedenken. Man nahm an, daß jene Abdankung des Ministerii nicht allein einen Wechsel der Personen, sondern auch der Grundsätze und der Handlungsweise in sich schliesse. Herr v. Raumer, überzeugt, daß der neu eingeschlagene Weg die Einigkeit in Deutschland störe und die übelsten Verhältnisse zu den übrigen Europäischen Staaten herbeiführe, hat erklärt, daß er in dieser neuen Richtung nicht mitwirken könne und wolle; er hat, gleichwie das Ministerium, sein Amt niedergelegt und wird Paris verlassen, sobald sein Nachfolger ernannt ist.

Breslau, den 14. Septbr., Abends 8 Uhr. So eben verbreitet sich das Gerücht, daß Herr Ober-Präsident Pinder durch telegraphische Depesche nach Berlin berufen worden ist. (Schles. Ztg.)

Köln, den 12. Sept. Die Aufregung in der Stadt ist groß. — Zeugen sagen aus, daß die Soldaten des 27. Infanterie-Regiments die Bürger auf der Straße angegriffen und selbst ehrbare Frauenzimmer angefallen haben. Die Soldaten hätten sich wie wüthend benommen, von ihren Waffen Gebrauch gemacht, einem Bürger mehrere Wunden beigebracht und an verschiedenen Häusern die Fenster eingeschlagen. In ganzen Rotten seien sie mit blanken Säbeln aus der Caserne auf die Straße gestürzt und hätten sich dabei Neußerungen erlaubt, welche die Bürger aufs Aeußerste empören mußten. Es war ein Glück, daß zuletzt die Soldaten in der Caserne zurückgehalten wurden, sonst würde es nicht ohne blutigere Scenen abgelaufen sein. Vier Soldaten des 16. Regiments nahmen sich der mißhandelten Bürger an und verhinderten größere Excesse. Diesen Morgen versammelten sich die Bürger sehr zahlreich auf dem Rathhause und verlangten stürmisch, daß das Bataillon des 27. Regts. sofort aus der Stadt geschafft werden solle. Mit dem Versprechen, daß die Soldaten in die Forts gelegt werden sollten, wollte man sich nicht begnügen. — Bis dahin haben wir in den letzten stürmischen Zeiten noch nicht die geringsten Unannehmlichkeiten zwischen Bürger und Soldaten gehabt. — So eben, nach 12 Uhr, wird Alarm der Bürgerwehr gelassen. Die Siebenundzwanziger sollen schon in die Forts verlegt sein. Man besteht aber darauf, daß sie die Stadt ganz verlassen sollen. Wir wollen sehen, was uns der Telegraph bringt. Von Verwundungen, außer einer einzigen, eines Bürgers, verlautet bis jetzt nichts; ungeachtet sorgfältiger Nachforschung seitens der Vorgesetzten hat sich ein verwundeter Soldat nicht entdecken lassen. Die oberste Militärbehörde erkennt den wahren Sachverhalt in ihrem hentigen Parol-Befehl an und bedauert den von den Soldaten mit Rohheit verübten Exceß, der von dem so lobenswerthen Verhalten der Garnison so sehr abweicht. Das aber bemerken wir noch ausdrücklich: einen politischen Charakter hatte der Vorfall nicht im entferntesten.

Frankfurt a. M., den 11. Sept. (75. Sitzung der constituirenden Nationalversammlung.) Fortsetzung der Verathung über die Grundrechte. Der Präsident, H. v. Sager, eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr und verliest ein an ihn gerichtetes Schreiben des Abgeordneten Dahlmann, worin derselbe anzeigt, daß er in Folge der unüberwindlichen Schwierigkeiten, auf welche er bei der ihm übertragenen Bildung eines neuen Reichsministeriums gestoßen, sein Mandat in die Hände des Reichsverwesers zurückgegeben habe. Aus einer an den Vorsitzenden der Reichsversammlung gerichteten Zuschrift des interimistischen Reichsministers v. Schmerling geht hervor, daß behufs dieser Combination Vicepräsident von Hermann zu dem Reichsverweser berufen worden ist, woselbst er in diesen Stunden sich befindet. Nachdem der Präsident den Austritt des Abgeordneten Sprißler von Empfangen aus der Reichs-Versammlung und die Wahl Siron's zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses zur Kenntniß der Versammlung gebracht hat, flatten die Abgeordneten v. Auerwald und v. Rönne Bericht ab über die in den Ausschüssen für Wehrangelegenheiten und für Volkswirtschaft vorzunehmenden Ergänzungswahlen. Degenkolb beantragt Namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Zurücksendung von 3000, zu Unterstützungszwecken eingegangenen Loosen und Merk, Namens desselben Ausschusses, die durch die Centralgewalt bei der Oesterreichischen Regierung nachzusuchende Aufhebung des Ausführverbots edler Metalle aus Oesterreich. Nachdem noch Paur aus Meisse über Schulangelegenheiten, Namens des betreffenden Ausschusses Bericht abgestattet, verliest der Präsident einen Antrag Baffermann's und Genossen, auf Beschleunigung der Verfassungsberathung. Dieser Antrag lautet: I. Die Nationalversammlung möge ihren Präsidenten ermächtigen, nachdem die Abstimmung über den §. 14. der Grundrechte erfolgt sein wird, vor dem Beginne der Verathung eines jeden Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte die Frage zu stellen, ob die Nationalversammlung auf die Diskussion zu verzichten beschliesse. Im bejahenden Falle sollen außer dem Antrage der Mehrheit des Verfassungsausschusses auch die Minderheitsgutachten desselben Ausschusses, sowie die etwa correspondirenden Anträge anderer Ausschüsse, wie z. B. des volkswirtschaftlichen zur Abstimmung gebracht werden. II. Die Nationalversammlung möge den Verfassungsausschuß zur beschleunigten Vorlage des noch rückständigen Theils der Ver-

fassung auffordern und den Herrn Präsidenten ermächtigen, beziehungsweise ersuchen, diesem Ausschusse die Möglichkeit dazu zu geben, durch Aussetzen der öffentlichen Sitzungen auf einige Tage nach vollendeter Verathung über den Waffenstillstand, so wie durch Einhalten der Regel, wonach wöchentlich nur vier öffentliche Sitzungen stattfinden sollen. Hieran schließt sich ein Antrag Schoder's, im Wesentlichen dahin gehend: die Nationalversammlung wolle sogleich auf die Verathung über die das Vereins- und Versammlungsrecht, die öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Geschwornengerichten und die Befreiung von Grund und Boden betreffenden Paragraphen der Grundrechte eingehen, die Beschlüsse über Gleichheit vor dem Gesez, Freiheit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung, Briefgeheimniß, Preßfreiheit und über obige Geseze durch den Verfassungsausschuß zusammenstellen lassen, das Ergebniß aber mit den zur zweiten Verathung erforderlichen Modifikationen ohne Verzug zu verkündigen. Baffermann begründet sofort seinen Antrag, indem er sagt, daß nach dem Maßstabe bisheriger Erfahrung, auch nach der günstigsten Berechnung und in der Voransetzung kürzerer Verathung das endliche Zustandekommen der Verfassung nicht vor dem Jahre 1850 in Aussicht stehe, daß in der jetzigen wechselvollen Zeit eine solche Länge des Wegs bis zum Zustandekommen einer definitiven Verfassung auf die politischen wie auf die staatswirthschaftlichen Zustände unseres Vaterlandes nur nachtheilig wirken könne, daß der jetzige provisorische Zustand einer scharfen Feststellung des Verhältnisses zwischen Central- und Einzelregierungen nicht günstig sei, daß vielmehr eine einheitliche feste Organisation im Innern erst mit der Einführung der definitiven Verfassung vollständig erreicht werden könne, daß aber Stärke und Ansehen nach Außen dadurch wesentlich mit bedingt seien; daß vor solchen außerordentlichen Rücksichten die Rücksicht auf etwas größere oder geringere Gründlichkeit in den Hintergrund trete; daß es in großen Zeiten, wie die jetzige, vor Allem darauf ankomme, das große Ganze festzustellen und die Ausführung im Einzelnen ruhigeren Zeiten zu überlassen; daß die Volkstimme aus allen Theilen Deutschlands eine baldige Beendigung der Verfassungs-Verathungen dringend verlange, und daß es stets als Pflicht erkannt worden, das Gute nicht durch das Streben nach Besserem zu gefährden. Nachdem M. Mohl für den Baffermann'schen Antrag sich ausgesprochen hatte, verliest der Präsident neue Anträge und Zusätze; einen Antrag von Gezer, Vogt und Genossen auf Abstimmungs- und Unterstützungs-Reglung auch sämtlicher Verbesserungs-Anträge und Zusätze, in der von Schoder für die einzelnen Paragraphen des Verfassungs-Entwurfs beanspruchten Weise; einen Antrag Rndt's auf Feststellung einer zur Unterstützung der Amendements etc. erforderlichen Anzahl von 20 Mitgliedern der Versammlung; einen Antrag Rünzberg's auf Verathung über die Organisation des Deutschen Reichs nach erfolgter Vorlage durch die Ausschüsse und dann erst fortzusetzender Verathung über die Grundrechte; und einen Zusatzantrag Wigard's und Genossen auf Feststellung eines Termins behufs der Einreichung der Verbesserungsanträge und Berichterstattung der Ausschüsse über dieselben. Nachdem Schoder zur Begründung der Dringlichkeit seines Antrags das Wort ergriffen und ein eventuelles Amendement, wonach 100 Stimmen zur Erledigung der Dringlichkeitsfrage genügen, gestellt hatte, wird der Antrag selbst als dringlich erkannt.

v. Vincke ist gegen die Anträge Baffermann's und Schoder's, worin er einen geschäftswidrigen Terrorismus erkennt. Den Ausschüssen dürfe keine unbegrenzte Vollmacht erteilt und das Mandat der Abgeordneten auf lediglich 30 Personen nicht übertragen werden. Der Schoder'sche Antrag reiße einzelne Stücke aus dem Verfassungswerke; sei einmal das Ganze geschaffen, so werde man sich von der Rechten und Linken die Hände reichen. Der Redner schließt sich dem Unteramendement Rünzberg's an. Höre die Centralgewalt auf, provisorisch zu sein, und trete einmal ein Definitivum ins Leben, so werde der Reichsgesandte auch nicht mehr officios, sondern officieel empfangen werden. v. Siron zeigt als Vorsitzender des Verfassungsausschusses an, daß der Ausschuß das Capitel über die Befugniß der Centralgewalt binnen 8 Tagen vorlegen werde. Die Hauptstücke über die Reichsgerichte seien bereits vollendet und die Capitel über Unterhaus und Staatenhaus gegenwärtig Gegenstand der Verathung des Verfassungsausschusses. Vogt wendet sich gegen einzelne Theile der Reden Baffermann's und v. Vincke's. Ein Antrag M. Mohl's auf Tagesordnung findet keine Unterstützung. Weit aus Berlin spricht für den Baffermann'schen Antrag, worauf der Präsident einen Antrag von Siemens auf schnellere Zählungsweise bei namentlicher Abstimmung und auf Abänderung der für die Sitzungen der Nationalversammlung festgestellten Stunden verliest. Schaffrath wiederlegt einzelne Behauptungen Baffermann's. Unwahr sei, daß auf der linken Seite des Hauses gesagt worden, das Gesez über die Centralgewalt müsse vorerst den Sächsischen Kammern vorgelegt werden. Wenn das Vertrauen im Volke sinke, so liege auf der rechten Seite des Hauses die Schuld, die seit dem Monat Mai in der Majorität sich befunden habe. Schneer aus Breslau stellt den Antrag: „die Nationalversammlung wolle ihren Präsidenten ermächtigen, nach der Abstimmung über §. 14. der Grundrechte die Frage auf Verzichtleistung der Diskussion zu stellen, und, falls nicht einhundert Mitglieder dieselbe verlangen, die Majoritätsbeschlüsse, Minoritätsgutachten und Verbesserungsanträge, wenn solche wenigstens von 20 Unterschriften unterzeichnet sind, zur Abstimmung bringen zu lassen.“ Nachdem die Diskussion über diesen Gegenstand als geschlossen erklärt worden, ergreifen Baffermann und Schoder über ihre Anträge noch einmal das Wort. Bei der Abstimmung werden die Anträge Baffermann's verworfen. Die Anträge von Schoder und Schneer dagegen zum Beschlusse erhoben und zwar der

erstere mit 243 gegen 109 Stimmen. Durch diese Beschlußnahme finden die Anträge von Feyer, Adams u. A. ihre Erledigung. Simon von Trier und Genossen stellen folgenden Antrag: „In Erwägung, daß die Versammlung der Preussischen Volksvertreter zu Berlin sich durch die standhafte Aufrechterhaltung des von ihr am 9. August aus Veranlassung der Schweidnitzer Vorfälle gefaßten Beschlusses, sich um das Wohl und die Sicherheit von 16 Millionen Deutscher Brüder in Preußen, sowie um das ganze Vaterland wohl verdient gemacht hat; in Erwägung, daß dieser Beschluß geeignet erscheint, das freudige Einverständnis der Deutschen Nationalversammlung hervorzurufen, wodurch insbesondere den ob-  
schwebenden Mißverständnissen über die Nichtanerkennung „edler Deutscher Volksstämme“ am besten begegnet würde, wolle die National-Versammlung der Versammlung der Preussischen Volksvertreter in Berlin ihre freudige Anerkennung ausdrücken.“ Die Begründung der Dringlichkeit dieses Antrags findet nicht hinreichende Unterstützung. Es wird zur Abstimmung der Fragen über §. 14. des Entwurfs der Grundrechte geschritten. Der §. 14. wird in folgender Fassung angenommen: „Jede Religionsgesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber, wie jede andere Gesellschaft im Staate, den Staatsgesetzen unterworfen. (Künzer und Genossen.) Keine Religionsgesellschaft genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat. Es besteht fernerhin keine Staatskirche. (Viertes Minoritätsverachten.) Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden, einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. (Antrag des Verfassungsausschusses.)“ Das erste Minoritätsgutachten Cassan's und Genossen: „Die bestehenden und die neu sich bildenden Religionsgesellschaften sind als solche unabhängig von der Staatsgewalt; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbstständig“, wird unter namentlicher Abstimmung mit 357 gegen 99 Stimmen verworfen. Ebenso wird der Antrag von Esterle, Umbcheiden und Genossen: Die Pfarrer und Kirchenvorsteher der Gemeinden werden von diesen gewählt und ernannt, ohne daß es hierzu der Bestätigung von Seiten des Staates bedarf, — mit 230 gegen 134 Stimmen bei namentlicher Abstimmung abgelehnt. Schluß der Sitzung um 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, den 12. Septbr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte.

— Die umfassenden „Aktensücke“ — sagt die „Fr. D. P. A. Ztg.“ — zur Schleswig-holsteinischen Frage; Waffenstillstand von Malmö, vom 26. August 1848, gedruckt für die Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung“ liegen vor. In der Wirklichkeit mit ihren Verwicklungen ist nichts so rund und leicht, wie in den Köpfen derer, die diese Verwicklungen vermehren helfen. Davon geben auch diese Aktensücke Beweis. Sie zeigen uns die Gefahr, worin Deutschland schwebt, den Ausgangspunkt seines Kampfes mit Dänemark ganz aus den Augen zu verlieren und, vorgeblich wegen verletzter Nationallehre, in Wahrheit aber, weil so Viele für ihre Aufregung nach immer neuer Nahrung suchen, einen Waffenstillstand zu perhorresciren, der in dem Augenblicke eine Wohlthat ist und uns hoffen läßt, demnächst im Frieden alles zu erreichen, um dessen Willen wir den Krieg begonnen. Die Dänen, nicht aber wir, sind durch diesen Waffenstillstand von den hochfliegenden Plänen und Hoffnungen zurückgebracht, zu welchen sie sich dem Deutschland des alten Frankfurter Bundestages gegenüber hinaufgeschraubt hatten. Die Aktensücke zeigen uns, wie schwer dies Ergebnis zu erreichen war, mit welchen Schwierigkeiten Preußen zu kämpfen hatte, seit es im Namen und Auftrage Deutschlands die Schleswig-holsteinische Angelegenheit in die Hände nahm. Nur wer dies erkennt, nur wer den nicht guten Willen hat, das, was er an dem Abschlusse des Waffenstillstandes auszusagen hat, nicht aus den Schwierigkeiten der Sache, sondern aus dem bösen Willen Preußens zu erklären, nur der kann verkennen, daß das letztere sich in dieser Deutschen Sache nicht weniger durch die Thaten seiner Krieger, als durch diese Verhandlungen um das gemeinsame Vaterland verdient gemacht hat. Daß wir ihm dafür mit Undank lohnen wollen, entschuldige ich mit den Begriffs-Verwirrungen, welche in dem Umschwunge der Dinge, worin wir stehen, bei einem politisch nicht gebildeten Volke und bei einer aus diesem hervorgegangenen noch so jungen Vertretung nicht ausbleiben konnten. Ein edles Volk und edelgeronnene Vertreter desselben werden aber, davon sind wir überzeugt, von gefährlichen Irrthümern eben so schnell zurückkommen, als sie sie faßten.

München, den 11. Sept. Kurz vor der Abreise des Königs sagte derselbe zu einer Deputation, welche um die Erlaubniß bat, daß die Bürgerwehr von München Helme tragen dürfe: „Ich bin nicht allein König von München, sondern von ganz Bayern, und in diesem soll die Nationalgarde gleich sein.“ Als die Bürger über den Nothstand klagten, sagte er: „Es geht mir ja auch nicht besser; ich habe eine Dornenkrone, statt einer Königskrone, angenommen und schon manchmal den Niedrigsten meiner Beamten beneidet.“ — Die Herzogin von Modena ist vor einigen Tagen nach Modena abgereist, wohin ihr zu ihrer Entbindung in 4 bis 6 Wochen ihre Mutter, die Königin Theresese folgen wird. In Folge einer Berathung des Gesamt-Ministeriums ist der Staatsminister Gr. v. Bray am 8. Morgens nach Frankfurt abgegangen, um dort im Namen der Bayerischen Regierung nicht allein rückhaltlose Anerkennung der Centralgewalt auszusprechen, sondern auch die aufrichtigste und kräftigste Mitwirkung zur Vermittelung und Ausgleichung der aus Anlaß des Waffenstillstandes mit Dänemark drohenden Zerwürfnisse zu versichern.“ Der Finanzminister v. Lerchenfeld hat während der Abwesenheit des Grafen Bray das Ministerium des Hofes und Aeußern übernommen. — Bereits 23 Bayer. Geschlossen, die Steuern doppelt zu zahlen und so dem Nothstande der Staatskasse zu Hülfe zu kommen. Sie verzichten auf die Rückzahlung.

Kiel, den 12. Sept. (S. C.) In der heutigen Sitzung der Landes-Versammlung machte der Präsident die Mittheilung, daß ihm am Sonnabend Durchl. des Prinzen Friedrich, kommandirenden Generals der Schleswig-Holsteinischen Truppen, zugegangen sei: „An die hohe Landes-Versammlung der am Tage der Wieder-Eröffnung der Landes-Versammlung sich dahin geäußert,

daß nach bestätigtem Waffenstillstand der Königlich-Preussische General von Bonin das Kommando der Schleswig-Holsteinischen Truppen übernehmen würde, und hat demnächst noch hinzugefügt, daß es dann nicht zweifelhaft sei, wie die Armee in wenigen Monaten in einem Zustande sein würde, der allen gerechten Erwartungen entspreche. Als Mitglied der provisorischen Regierung und namentlich als dasjenige Mitglied, welches die Militair-Angelegenheiten zu verwalten hatte, mußte ich von einem solchen Schritt unterrichtet sein; dies ist aber mit keiner Silbe der Fall gewesen. Der Zusatz, „daß die Armee alsdann den gerechten Erwartungen entsprechen würde“, enthält den Vorwurf gegen mich, daß ich meinem Amte nicht entsprochen, nicht genügt habe. Die hohe Landes-Versammlung hat diese Mittheilung des Herrn Kommissarius gern entgegengenommen; ich kann mich also aller Verpflichtungen gegen das Land dadurch entbunden fühlen und habe nicht angestanden, beim Ober-Befehlshaber, General der Kavallerie von Wrangel, die Erlaubniß zur Abgabe meines Kommando's nachzusuchen. Diese ist mir gewährt. Ich habe demnächst der provisorischen Regierung meine Entlassung als kommandirender General eingereicht und werde den Befehl über die Armee dem General von Bonin übergeben. Unter den Verhältnissen, welche die Verheimlichung solcher wichtiger, auch mich selbst betreffender Angelegenheiten zwischen mir und der provisorischen Regierung hervorrufen mußten, ist es aber auch meine Pflicht sowohl, als auch mein Wunsch, nicht länger Mitglied derselben zu bleiben. Ich habe ihr dies angezeigt und lege die mir anvertraute Stimme in der provisorischen Regierung deshalb hiermittelst vor der hohen Landes-Versammlung nieder.“

Oldenburg, den 7. Sept. (Magd. Z.) Die heutige Landtags-Sitzung war nicht bloß für unser eigenes Ländchen von Wichtigkeit, sondern kann möglicherweise ihre Wirkungen weithin erstrecken. Der Art. 1 des Entwurfs des Staatsgrundgesetzes lautet: „Das Großherzogthum Oldenburg besteht: 1) aus dem Herzogthum Oldenburg, von dem die Herrschaft Jever einen integrirenden Theil bildet, 2) aus dem Fürstenthum Lüneburg, 3) aus dem Fürstenthum Birkenfeld. Es ist ein, unter einer Verfassung vereinigt, untheilbarer Staat und seine Selbstständigkeit nur durch die allgemeine Verfassung Deutschlands beschränkt.“ Die Staats-Regierung dagegen hatte beantragt, den Artikel so zu fassen: „Das Großherzogthum Oldenburg besteht: 1) aus dem Herzogthum Oldenburg mit der Herrschaft Jever, 2) aus dem Fürstenthum Lüneburg, 3) aus dem Fürstenthum Birkenfeld. Diese Bestandtheile des Großherzogthums bilden einen nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Grundgesetzes vereinigt und unter der Regierung der Nachkommen des Herzogs Peter Friedrich Ludwig untheilbaren Staat. Seine Selbstständigkeit ist nur durch die allgemeine Verfassung Deutschlands beschränkt.“ Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Verfassungs-Kommission angenommen gegen drei Stimmen, so daß der Art. 1 des Entwurfs unverändert bleibt und nur hinter das Wort „Staat“ eingeschoben wird: „dessen Verhältnisse nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Staats-Grundgesetzes regeln und dessen Selbstständigkeit — beschränkt ist.“ Die Birkenfelder Frage wurde dabei offen gelassen. Außerdem wurde von der Versammlung, mit Ausnahme des Abg. Lindemann, als ihr Prinzip (dessen Verwirklichung erst bei Art. 9. des Entwurfs einzutreten hat) zu Protokoll gegeben, „daß bei der Aufrichtung dieses Verfassungswerks ein Vorbehalt der agnatischen Rechte nicht anzuerkennen sei, da auf die Begründung und den Bestand dieser Verfassung keinem anderen Willen ein rechtlicher Einfluß zu gestatten sei, als dem der Kontrahenten, nämlich dem Großherzog auf der einen und dem Landtag auf der anderen Seite.“

Wien, den 11. September. Am 6. ist in Lemberg ein abscheuliches Verbrechen begangen worden, indem man den dortigen Rabbiner Kobnen und seine ganze Familie vergiftete, und zwar geschah dies von den alttestamentarischen Juden. Der Rabbiner war schon früher von dieser Sekte angefeindet, überfallen und beschimpft worden, zuletzt schlich sich ein Knabe in das Haus und warf Arsenik in einen Topf, der mit Fleischbrühe am Feuer stand. Neun Personen sind erkrankt. Der Rabbiner und ein Kind sind gestorben und mehrere Juden verhaftet worden.

Wien, den 12. Sept. (Schles. Z.) Während wir diesen Bericht beginnen, wirbelt der Allarmschlag durch die Straßen. Ein Unternehmer, Namens Swohoda, hatte sich des freistehenden Vereinigungsrechtes bedient, um eine Creditgesellschaft ins Leben zu rufen, die ihrer Bestimmung nach eine wechselseitige Unterstützungs-Anstalt sein sollte. Der 1 Fl. C. M. einzahlte, bekam eine Actie pr. 10 Fl.; zu den Nachzahlungen verpflichtete sich jeder freiwillig. Die Aktien kamen in Circulation. Plötzlich verbreiteten sich ungünstige Gerüchte; der Credit der Anstalt kam ins Wanken. Ein wilder, aufgeregter Haufe drang gestern Nachts in das Ministerium des Innern und verlangte die Garantie des Staates für die emittirten Aktien. In aller Eile ließ Doblhoff ein Plakat drucken, worin er den Geräuften alles Billige versprach, ja sogar theilweise Entschädigung. Nichtsdestoweniger erneuerten sich heute Morgens die tumultuarischen Ausritte. Eine Menschenmasse drang in die Gemächer des Ministeriums, zerschlug und zerstörte, was ihr in den Weg kam. Unglücklicherweise fügte sich, daß die wachhabende Nationalgarde die Bajonnette gegen die Eindringlinge, worunter sich selbst viele Garden befanden, fällte. Nunmehr begann erneuerter Sturm, in Folge dessen drei Bataillons Militair nebst etlichen Compagnien der Legion sich auf dem Judenplaz aufstellten. Bis jetzt hat die Sache einen politischen Charakter noch nicht angenommen.

— In der gestrigen Sitzung des constituirenden Reichstages sind nicht weniger als acht Interpellationen an die Minister gerichtet worden. Die wichtigsten hierunter waren: die Interpellation des Abg. Solbmarkl in Betreff der italienischen Angelegenheit. Der Interpellant wollte die leitenden Grundgedanken des Ministerii in dieser wichtigen Sache wissen, und Wessenberg versprach baldigst zu antworten. Wir werden also in Kürze erfahren, was wir in Betreff Oesterreichs, Frankreich und Italien gegenüber, zu erwarten haben. Eine an-

dere Interpellation in derselben Angelegenheit vom Abg. Jonak: „Wurde ein Ultimatum von der Französischen Regierung gestellt, und welches ist sein Inhalt?“ beantwortet Minister Doblhoff dahin, daß ein Franz. Ultimatum nicht eingereicht worden, die Unterhandlungen über den Frieden und die Vermittelung schweben, daher von seiner Politik jetzt nichts verlaublich könne. Eine dritte Interpellation von Polaczek bezieht sich auf den ungarisch-croatischen Zwist. Doblhoff will hierüber nächstens bestimmte Antwort geben, und dem Hause alle auf diese Frage Bezug habenden Schriftstücke vorlegen. — Ein Beschluß des constituirenden Reichstages in derselben Sitzung bestimmt, die Kammerverhandlungen, Anträge etc. in die Sprache aller hier vertretenen Nationen übersetzen zu lassen.

(Schles. Stg.)

Prag, den 9. September. Heute fand eine Versammlung von Unteroffizieren statt. Ein Corporal hielt dabei eine Rede, in welcher er die Spannung beklagte, die zwischen Civil und Militair herrsche: er sehe den Grund davon nicht. Er und seine Kameraden seien aus dem Volk und träten wieder ins Volk zurück, auch sie, die Soldaten, genießen die Wohlthaten der Constitution. Ein Zweites sei es aber noch, was die Unteroffiziere schmerzlich berühre, und weshalb sie eine Adresse an den Reichstag richten müßten, das sei die Ungerechtigkeit, mit welcher adelige Junker gedienten Unteroffizieren vorgezogen würden. Der Gemeine, sei er noch so brav und diene er noch so treu und wacker, bringe es höchstens zum Unteroffizier, während jeder Flaumbart, wenn er nur in einer adeligen Wiege geboren, im Sturmschritt das Offizierpatent erhält.

Triest, den 9. September. Albini hatte die schriftliche Anzeige gemacht, daß er nach erfolgter Einschiffung der Truppen, im Laufe des heutigen Tages die Gewässer von Venedig verlassen werde. Dies ist aber nicht geschehen, denn heute traf abermals ein sardinisches Dampfboot mit der Meldung ein, Albini werde mit den eingeschifften Truppen nur nach erhaltener Versicherung, daß man unsererseits nichts Feindliches gegen Venedig unternehmen wolle, seine Fahrt antreten. Wir finden kein passendes Wort, um dieses wortbrüchige, hinterhältige Benehmen zu bezeichnen, denn es steht in seiner Art einzig in der Geschichte da.

Triest, den 9. September. Heute früh brachte ein Sardinisches Dampfboot abermals die Meldung, daß Albini mit den eingeschifften Truppen im Laufe des Tages Venedig verlassen werde. — Diesmal scheint derselbe Wort gehalten zu haben, da ein so eben, Nachmittags um 3 Uhr, eingelaufenes Schiff die Nachricht bringt, daß die Sardinische Abtheilung des Geschwaders nicht mehr in den dortigen Gewässern sichtbar sei. (Oestr. Lloyd.)

## M u s l a n d.

### F r a n k r e i c h.

Paris, den 12. Sept. Sitzung der National-Versammlung vom 11. Sept. Anfang 12 Uhr. Präsident Marrast. An der Tagesordnung ist der Antrag Crespel de la Touche's gegen die Maßregeln Cavaignac's hinsichtlich der Presse. Der Antragsteller erhält das Wort. Die Versammlung verwirft den Antrag des Geseßgebungs-Ausschusses mit 515 gegen 238 Stimmen. Dasselbe Schicksal theilt der Latouchesche Antrag. Die Versammlung entschied mit 457 gegen 267 Stimmen durch geheimes Skrutinium, indem sie die sogenannte vorläufige Frage gegen die ursprüngliche Latouchesche Fassung des Antrages annahm, daß sie das Cavaignac'sche Provisorium gegen die Zeitungs-Presse beibehalte. Große Aufregung im Saale. — Pascal-Duprat sucht einen Urlaub nach, um eine Mission nach Wien zu erfüllen. Wird bewilligt. — Die Versammlung nimmt die Verfassungsberatung wieder auf. Sie war am Donnerstag bis zum Art. 8. der Einleitung gelangt. Dieser Artikel lautet: „Die Republik soll den Bürger in seiner Person, Religion, Eigenthum und Arbeit beschützen und Jeden in den Stand setzen, sich den allen Menschen nöthigen Unterricht zu erwerben; sie ist allen bedürftigen Bürgern Verstand schuldig, sei es, indem sie ihnen Arbeit verschafft etc.“ Mathieu will das Recht auf Arbeit vor Allem garantirt wissen. Dieses Recht sei der Weg zum Wohlstande des Volkes. Warum sei das bewußte Dekret der provisorischen Regierung vom Volke mit so großem Enthusiasmus angenommen worden? Weil es das Ende seines Elends darin habe herannahen sehen. Ja wohl, das Elend, die Bedürfnisse des Magens, die Frage des Essens und Trinkens sei der Grund der Revolutionen und Kriege aller Völker gewesen. (Stimmen von der Rechten: Und der trojanische Krieg?) Die ökonomischen Verhältnisse eines Volkes zeigten sich selbst in dynastischen Fragen. Der Redner wirft den bisherigen Französischen Regierungen vor, daß sie viel zu sehr die Industrie auf Kosten des Ackerbaues begünstigt hätten. Dadurch sei ein Mißverhältnis in der Bevölkerungsart entstanden, dessen Früchte man jetzt bitter finde. Er dringt auf größeren Schutz der Agrikultur und sofortige Bebauung der wüsten Ländereien, dann werde sich das Mißverhältnis zwischen Arbeit und Kapital ändern. Diese Rede schloß die Sitzung der Versammlung, die sich um 6 Uhr trennte.

Paris, den 14. Sept. Das heutige „Journal des Débats“ meldet: „Nach Korrespondenzen, welche gestern aus Süd-Italien eingegangen, hätten die Neapolitanischen Streitkräfte eine Landung bei Messina bewerkstelligt, wären aber dann von den Sizilianern wieder zurückgeworfen worden. Eine Bombe des Neapolitanischen Geschwaders hätte ein Englisches Fahrzeug getroffen und einen Mann getödtet. Die Sicilianische Regierung soll auf einem Englischem Schiffe einen Abgesandten abgeschickt haben, um die Hilfe der britischen Streitkräfte anzurufen.“ Im „Semaphore“ von Marseille vom 8. Sept. liest man hierüber Folgendes: „Das Dampfsschiff „Pore-Gpie“ ist gestern in Marseille eingelaufen. Es verließ Neapel am 5. Sept. Nachmittags 2 Uhr und bringt Depeschen vom Admiral

Sir William Parker an seine Regierung, welche dem Englischem Konsul übergeben wurden, der sie in höchster Eil nach London spedirte. Das Englisches Schiff, das von einer Neapolitanischen Bombe vor Messina getroffen wurde, heißt „Glabiator.“ Dem Anscheine nach behauptete die Französisch-Englisches Flotte, die sich in der Meerenge aufgestellt hatte, während des Kampfes vor Messina die strengste Neutralität. — Die Citadelle von Messina soll in die Hände der Königlich-Schweizer gefallen sein.“

### I t a l i e n.

Mailand, den 9. Sept. Der Marschall Radetzky hat durch Befehl das von der provisorischen Regierung aufgehobene Lottospiel wieder eingeführt. Man spricht von einem neuen italienischen Bund zur Aufrechthaltung der Unabhängigkeit der Halbinsel. Der König von Sardinien soll in Alexandria an der Luftröhrenschwindsucht sehr darnieder liegen. Die Vornehmen bleiben noch fortwährend aus, während sich die Sieger in ihre Paläste einquartieren. Die Disziplin unter dem Militair ist sehr streng: selbst auf kleine Vergehen steht die Strafe des Erschießens. Gleiches begegnet den Bürgern, welche sich an dem Militair vergreifen.

### S c h w e i z.

Bern, den 11. Septbr. Endlich ist das einige Deutschland auch in der Schweiz vertreten. Heute Nachmittag um 4 Uhr wird Herr Franz Raveaux seine Kreditiv dem Präsidenten der Tagsatzung übergeben. Die ersten Gesandten der Vororte Zürich, Luzern und mehrere andere Mitglieder der Tagsatzung werden die Feier dieser Audienz erhöhen. Herr Raveaux überbringt folgendes Schreiben des Deutschen Reichsverwesers, welches an Schultheiß und Staatsrath des Kantons Bern als eidgen. Vorort adressirt ist: „Geehrte Herren und lieben Freunde! Die verfassunggebende Versammlung zu Frankfurt a. M. hat mich in ihrer Sitzung vom 28. Juni d. J. zum Reichsverweser über Deutschland erwählt. Indem die Deutsche Nation den ihr theuren Gedanken der Einheit verwirklichte, hat sie mir eine Gewalt anvertraut, die ich mit der patriotischen Zustimmung der Deutschen Fürsten, durchdrungen vom Gefühl der höchsten Pflichten, angenommen habe. Diese Gewalt ist berufen, eine neue und rechtmäßige Stelle im Rathe der Völker einzunehmen. Ich zeige die Uebernahme der provisorischen Central-Regierung Deutschlands Ihnen, geehrte, liebe Freunde, mit besonders freudiger Erhebung des Gemüths an. Land und Volk der Schweiz sind mir bekannt und vertraut; ich gedenke vieler wackerer Schweizerischer Männer, deren gute Wünsche mich in meinem Beruf geleiten, und es ergreift mich die Rehllichkeit der Aufgaben, von deren Lösung für Deutschland wie für die Schweiz das Heil der kommenden Tage abhängt. Möge es beiden Völkern gelingen, die Freiheit zu befestigen und die Einheit zu stärken, ohne wohlthätige Eigenthümlichkeiten zu zerstören. Ich beauftrage den Abgeordneten der Deutschen Reichsversammlung, Franz Raveaux, Ihnen, geehrte Herren, dieses Schreiben zu überbringen, Sie meiner herzlichsten Freundschaft für die Schweiz zu versichern und zur Annäherung des völkerrechtlichen Verkehrs zwischen den obersten Gewalten Deutschlands und der Schweiz, so viel an ihm ist, beizutragen. Stets werde ich die aufrichtigste Hochachtung und die Bereitwilligkeit zu jeder freundlichen Gefälligkeit betheiligen, womit ich verbleibe, geehrte Herren und lieben Freunde, Ihr wohlgeniegtter (gez.) Johann. (gegengez.) Heckscher. Frankfurt a. M., 30. August 1848.“

### M o l d a u u n d W a l a c h e i.

Bucharest, den 26. Aug. Suleiman Pascha hat uns nach einem Aufenthalte von fünf Tagen, am 24. d. M. wieder verlassen, doch hat dieser kurze Besuch hingereicht, um eines Theiles ihm selbst die Gelegenheit zu verschaffen, sich durch den Augenschein von der Legalität und Ehrenhaftigkeit unserer neuen Statthalterchafts-Regierung und von der wahren Gesinnung des romanischen Volkes zu überzeugen, das mit der ungeheuerlichsten Anhänglichkeit und Ergebenheit für seinen Souverain die standhafteste Begeisterung für die Erhaltung seiner ererbten Freiheit bewahrt; so wie anderen Theils, um forthin jede Reaktion vorzunehmen zu machen. Mit Ernst und Würde verwies der Pascha den reaktionären Bojaren ihre Anklage, ermahnte sie, es nicht zu vergessen, daß er im Namen des Sultans in offizieller Weise und zu wiederholten Malen die Locumtenenz als legale Regierung anerkannt habe, und daher Jedermann ihren Befehlen zu gehorchen schuldig sei, oder gewärtigen müsse, als Störer der öffentlichen Ruhe und als Rebellen gegen den Sultan bestraft zu werden, wonach der Pascha das Dokument ihrer eingereichten Denunciationen zerriß. Um jedoch gegenüber solchen Reactionären seine Gesinnungen auf eine eclatante Weise persönlich zu manifestiren und ihrem Treiben ein Ziel zu setzen, berief Suleiman Pascha am folgenden Tage, den 22. d. M., die Regierungs-Mitglieder, sämtliche Bojaren, den Handelsstand und die städtischen Corporationen zu sich, und nachdem derselbe in einer Anrede sämtliche Ereignisse der Revolution recapitulirt, die Hochherzigkeit und Ergebenheit der romanischen Nation gegen ihren Souverain gelobt, die Locumtenenz wiederholt als die dermalige rechtmäßige Regierung anerkannt, und Jeden, der ihr nicht Folge leisten werde, als Rebellen erklärt hatte, verlangte er, daß nun auch jeder Anwesende eine Erklärung des Gehorsams gegen die Regierung und der Straffälligkeit der Zuwiderhandelnden unterschreiben solle. Alle waren hierzu bereit, mit Ausnahme einiger der Bojaren, die trotz der gestern erhaltenen Zurechtweisung ihre Unterschrift verweigerten, und wobei einer der stolze sich sogar erlaubte, zu erklären, wenn man unterschreiben müsse, so könne man der Gewalt nicht entgegen. Da erhob sich der Pascha mit Würde und erklärte: „Hier ist von keinem Zwange die Rede. Ein Jeder unterschreibe nach freiem Willen und Ueberzeugung. Für denjenigen aber, der nicht unterschreiben will, leiste ich selbst Bürg-

(Mit zwei Beilagen.)

schaft. 4 Dieses gewichtige Wort wirkte und dürfte wohl genügen, um ferneren bösen Willen Schranken zu setzen.

Egypten.

Alexandria, den 28. Aug. Mit Beginn des Neumondes, der zugleich das Ramadafest beschließt, erwartet man das Ende der Cholera, welche im Ganzen bedeutende Verheerungen unter der Bevölkerung angerichtet hat. In Cairo und Alexandria beträgt die Zahl der Opfer bis zum 26. Aug. mehr als 10,200. An andern Krankheiten war die Sterblichkeit nicht außerordentlich.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Fünfundfünfzigste Sitzung, vom 14. September. Eröffnung: 12 1/2 Uhr. Präsident: erster Vicepräsident Dr. Kosch. (Die Minister-Sitze sind ganz leer.) Der Schriftführer Abgeordneter Parsifius verliest das Protokoll der Sitzung vom 11., welches ohne Weiteres angenommen wird. Zunächst werden sehr viele Urlaubsgesuche bewilligt. Der Abg. Borchardt zeigt an, daß, da er der heutigen Sitzung wegen dringender Geschäfte nicht beiwohnen könne, er seinen Bruder, den Dr. med. Borchardt (seinen Stellvertreter) entsandt habe, um an der Sitzung Theil zu nehmen (Gelächter).

Hr. Vogt zeigt an, daß, obwohl er am 7. d. M., wegen Krankheit, in der Sitzung nicht gewesen, sein Name dennoch unter den, welche den Stein'schen Antrag verneint haben, aufgeführt sei. Er bitte deshalb um Berichtigung in dem stenographischen Berichte.

Der Präsident zeigt, nach einem Berichte des Baurathes Bürde an, daß, wenn der Umzug von der Singakademie nach dem Concertsaal des Schauspielhauses am 15. begonnen, die Sitzungen in dem letzteren schon am Dienstag den 19. fortgesetzt werden können. Die nächste Sitzung (fügte der Präsident hinzu) werde daher erst am 19. wieder stattfinden können, und das erste Geschäft dann die Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten, deren Amtszeit am 18. bereits ablaufe, sein müssen. Die Versammlung möge den Präsidenten und die Vicepräsidenten auf den einen Tag weiter bevollmächtigen (was auch durch Unterlassung jedes Einspruches bewilligt wurde).

Achtzehn Abgeordnete (darunter die H. H. Stein und Prill) hatten beantragt, daß, falls in der Zeit vom 15. bis 19. d. M. eine Sitzung nothwendig werden sollte, ein Sitzungssaal bereit gehalten werden möchte. Das Präsidium hat vermittelst, daß die Universitäts-Aula innerhalb der vorgedachten Tage für jene Eventualität benutzt werden könnte.

Hr. Hüffer fragt, ob der Präsident ein Schreiben von ihm erhalten habe, und wenn nicht (Hr. Kosch bemerkte, daß ihm nichts zugegangen), ob er jetzt hier mündlich zum Vortrage kommen könne.

Hr. Schulze (Delitzsch) hatte eine von dem Magistrat, den Stadtverordneten und einer Anzahl Einwohner der Stadt Mülcheln (Reg.-Bezirk Merseburg) unterzeichnete Bittschrift überreicht und diese als sehr dringend bezeichnet. Die Bittschrift schildere übrigens die in dortiger Gegend, aus Anlaß des noch bestehenden Jagdrechts, herrschende große Aufregung. Es hätten sich nämlich förmliche Jagdaufzüge gebildet, zu deren Unterdrückung die Merseburger Regierung Truppen ausgesandt, wodurch die Aufregung noch acutiger sei. Die Bittsteller beantragen daher, daß die Berathung des neuen vorliegenden Jagdgesetzes schleunigst erfolge, weil sonst die Aufregung nur wachsen könne. Gleichzeitig bitten sie um Einstellung der jetzt eingeleiteten diesfälligen Untersuchungen. Der Präsident erklärt, daß der Antrag in sofern schon erledigt sei, als die Versammlung bereits am 5. d. M. beschlossen habe, gleich nach beendeter Berathung des Bürgerwehrgesetzes, das Jagdrecht vorzunehmen. Den zweiten Theil der Bittschrift könne jedoch nur die Petitions-Commission erledigen, an welche die Bittschrift auch gewiesen wurde.

Hr. Hüffer erklärt, seine Angelegenheit in der nächsten Sitzung vortragen zu wollen. Der Präsident läßt nun, unter großer Stille, ein vom 13. September datirtes Schreiben des Ministerpräsidenten verlesen, worin angezeigt wird, daß Hr. v. Beckerath erst am 14. Nachmittags hier erwartet werde und die Bildung des Ministeriums deshalb noch nicht habe

zu Stande kommen können. Er (der Ministerpräsident) bitte daher um fernere Vertagung der Sitzungen.

Präsident: Die Versammlung befinde sich in derselben Lage, wie am Montage, und sein Vorschlag sei daher, ganz so wie damals zu handeln. Auf der heutigen Tagesordnung befinde sich zudem nichts. Es liegen zwar zwei dringende Anträge der H. H. Hartmann und Lemme auf Beschleunigung der Verfassungs-Berathung vor, beide Herren haben indeß erklärt, ihre Anträge für heute zurückzunehmen, um sie in der nächsten Sitzung zur Sprache zu bringen. Er schlage deshalb den Schluß der Sitzung vor und beraume, falls kein Widerspruch erfolge, die nächste auf Dienstag den 19. d. M. Vormittags 9 Uhr im Concertsaale des Schauspielhauses an. Dem Vorschlage wurde, nachdem die H. H. Grebel und Baumstark noch Berichtigungen der stenographischen Berichte vorgebracht hatten, auch stattgegeben. (Schluß der Sitzung 1 Uhr.)

Der traurige Zustand der Finanzlage des Staats gehört unstreitig zu den größten und gefährlichsten Uebeln unserer politischen Geburt. Vorschläge zur Beschaffung der nöthigen Geldmittel sind hierdurch in Menge hervorgerufen, vom Ministerium der Weg einer freiwilligen und Zwangsanleihe eingeschlagen. Ein Gutsbesitzer Livonius aus Borken tritt in No. 213. der Schlesienschen Zeitung ebenfalls mit einem neuen Plane, der viel Aufsehn erregt, auf.

Dieser die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehende Plan, ist jedoch das unbestrittene geistige Besitztum eines unserer Landsleute, des Herrn Eugen v. Breza, welcher schon vor mehr als einem Monate diesen Plan dem Breslauer demokratischen Vereine, dem zum Wiener Reichstage Abgeordneten Fürsten Lubomirski, und auch dem Referenten mittheilte.

Dem Plane liegt wesentlich folgende Idee zum Grunde. Die jährlich in Preußen aufkommende Grundsteuer — nach dem Hauptfinanzetat pro 1848 9,772,611 Thlr. repräsentirt, mit 5 Procent kapitalisirt, eine Summe von 195,453,200 Thlr. Der Staat hat bisher nur diese Zinsen genossen, ohne das Kapital zu mobilisiren. Wenn nun statt des Vermerks der Grundsteuer im Hypothekencode sub Rubr. II. fünfprozentige Grundsteuereine ausgefertigt, und als unkündbares Kapital im Hypothekencode für den Staat als Gläubiger eingetragen würden, so würde weder das Interesse des Besitzers, noch der sonstigen Gläubiger des Grundstücks verletzt. Mit diesen Grundsteuereinscheinen würde nun auf einmal die ganze Staatsschuld getilgt werden können, und dennoch eine große Summe zur Disposition flüssig bleiben. Herr v. Breza sagt ferner, daß der hierdurch entstehende Ausfall in der Staatseinnahme, sehr reichlich durch produktive Anlage des disponibel gebliebenen Kapitals ersetzt werden könne und zwar auf eine Weise, die zugleich den Gefahren, welche uns das Proletariat droht, vorbeugt.

Der Staat kauft mit dem Rest seiner Grundsteuereinscheine 1,666,666 Morgen Acker. Dieses Areal wird in Parzellen von 10 Morgen getheilt, und unter Proletarier vertheilt, die 4 Procent vom Werthe ihres Besitzes dem Staate Abgabe zahlen. Die Parzellen können nur immer wieder an Befehllose veräußert und nie mehrere vereinigt werden. Von jedem Gute ferner über 100 Morgen groß, wird bei dessen Verkauf, Tausch oder Vererbung in indirekter Linie ein Stück von 10 Morgen getrennt, vom Staate zu dem Verkaufspreise mit Grundsteuer-Einscheinen bezahlt, und aus diesen ein Gut für einen Proletarier gebildet. Bei größeren Gütern wird von jedem 100 Morgen eine Parzelle von 10 Morgen auf diese Weise getrennt. E3.

Marktbericht. Berlin, den 15. September. Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—64 Rthlr.; Roggen loco 28 1/2—30 Rthlr., schwimmend 82 pfd. 28 Rthlr. verkauft, 82 pfd. p. Sept./Okt. 30 Rthlr., Okt. 30 Rthlr. bez., Okt./Nov. 30 Rthlr., p. Frühjahr 34 1/2 Rthlr. bez.; Gerste, große, loco 28 Rthlr., kl. 25 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 40 Rthlr., Futterwaare 37 Rthlr.; Rüböl loco 11 1/2 Br., 11 1/2 Rthlr. G., Sept./Okt. 11 1/2—11 3/4 Rthlr., Okt./Nov. 11 1/2—11 3/4 Rthlr., Nov./Dez. 11 1/2—11 3/4 Rthlr. bez. u. G., Dez./Jan. 11 1/2 Rthlr. Br. u. bez., Jan./Febr. 11 1/2 Rthlr. bez., Febr./März 11 1/2—11 3/4 Rthlr. G.; Spiritus loco 18—18 1/2 Rthlr. ohne Faß bez. u. Br., Sept./Okt. 18 Rthlr. Br., Okt./Nov. 17 1/2 Rthlr. Br.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Senfel.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums wird auch der Kaufmann Herr G. Bielefeld, Markt No. 87., von heute ab Pränumerationen auf unsere „Posener Zeitung“ pro IV. Quartal eur. annehmen, und die Zeitung vom 1. Oktober von des Morgens 8 Uhr an ausgeben. Posen, am 17. September 1848.

Die Zeitungs-Expedition von W. Decker & Comp.

Stadt-Theater in Posen.

Sonntag den 17. Sept. zum Erstemal: Johann, der muntere Eisenhändler; Liederspiel in 2 Aufzügen von Volkman, Musik von verschiedenen Componisten. — Vorher zum Erstemal: „Guten Morgen, Vielliebchen!“ Lustspiel in 1 Akt von Adalbert vom Thale. — Zum Schluß: Die Dorfmusikanten; lebendes Bild in einem Tableau.

Für Lehrer.

Zu der W. Bussel'schen Druckerei, Kammereiplatz 16., vis-à-vis der neuen Brodhalle, sind die Verhandlungen der Provinzial-Lehrer-Konferenz

für 1 Egr. 3 Pf. in deutscher und polnischer Sprache zu haben.

Bekanntmachung.

Am 25ten Mai d. J. Abends gegen 11 Uhr sind im Walde bei Kolibek, Schildberger Kreises, 24 Stück magere Schweine als defraudirt von Grenz-Beamten in Beschlag genommen worden.

Die unbekanntenen Treiber der qu. Schweine sind entsprungen, und es werden die unbekanntenen Eigenthümer derselben zur Begründung ihrer etwanigen Ansprüche auf den Versteigerungs-Erlös von 133 Rthlr. 24 Egr. 6 Pf. nach § 60 des Zollstrafgesetzes vom 23ten Januar 1838 mit dem Bemerkten aufgefordert, daß wenn sich Niemand binnen vier Wochen, von dem Tage, wo gegenwärtige Bekanntmachung zum letzten Male in dem Königl. Regierungs-Amtsblatte erscheint, bei dem Haupt-Zollamte

in P o d z a m e z e melden sollte, die Verrechnung des Erlöses zur Königl. Kasse erfolgen wird. Posen, den 23. Juni 1848.

Der Provinzial-Steuer-Direktor. In Vertretung: Brockmeyer.

Nothwendiger Verkauf. Das im Bromberger Kreise, im Dorfe Klein-Sittno unter No. 1. belegene, dem Eduard Schlieper gehörige Erbzinsegut, abgetheilt auf 14,001 Rthlr. 1 Egr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekeneinscheinen und Bedingungen in der Registratur eingehenden Taxe, soll am 25ten Januar t. J. Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Bromberg, den 22. Juni 1848. Königl. Land- und Stadtgericht.

Dankagung.

Meine Frau, Rosine geb. Schulz, litt seit Jahren an der Bauch-Wassersucht und es ist dem Herrn Medizinal-Rath und Garnison-Stabs-Arzt Dr. Gräfe gelungen, durch eine geschickt vollbrachte Operation, so wie durch glücklich angewandte Medikamente, die Gesundheit meiner Frau völlig wieder herzustellen.

Dem Herrn Medicinal-Rath Dr. Gräfe statte ich für diese erfolgreichen Bemühungen hiermit meinen tiefgefühlten Dank ab; möge Gott ihn noch lange zum Wohle der leidenden Menschheit erhalten. Posen, den 16. September 1848.

Jandke, Feldwebel.

Wein-Auktion.

Montag den 18ten September Vormittags um 10 Uhr sollen im Kolskischen Keller, Markt No. 72., 600 Flaschen Rheinwein für Rechnung einer auswärtigen Handlung gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschüß.

Nachlaß-Auktion.

Donnerstag den 21. September Vormittags von 10 und Nachmittags von 3 Uhr ab, sollen im Hause Breslauer Straße No. 7 mehrere Möbel, Bilder, Küchengeräthe, verschiedene Material- und kurze Waaren, so wie auch 40 Flaschen guten Rum nebst verschiedenen andern Gegenständen öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschüß.

Die Allgemeine Preussische Alter-Versorgungsgesellschaft zu Breslau, concessionirt durch die Allerhöchste Genehmigungs-Urkunde vom 28. Febr. 1845 macht in ihrem so eben erschienenen dritten Rechenschafts-Bericht die Resultate ihrer bisherigen Wirksamkeit bekannt. Die Mitglieder der Gesellschaft werden ersucht, ihre Sammelscheine zum Behufe der Eintragung ihrer Dividende entweder an das Hauptbureau oder an den betreffenden Haupt-Agenten einzuliefern zu wollen. Die nöthige Auskunft, sowie Rechenschafts-Berichte, Statuten und Anmeldungs-Formulare werden jederzeit unentgeltlich ertheilt von 1. der Haupt-Agentur zu Posen, Friedrichstr. No. 30. 2. der Spezial-Agentur zu Rawicz, J. P. Ollendorf, 3. " " " " Krotoschin, Rosenstein, 4. " " " " Kempen, G. F. Fränkel, 5. " " " " Breschen, Buchhändler Kantrowicz, 6. " " " " Ostrowo, M. Berliner, 7. " " " " Grätz, E. Böhme.

Ein junger Mensch, aus anständigem Hause und von hinreichender Schulbildung, welcher geneigt ist den Buchhandel zu erlernen, kann als Lehrling sofort Aufnahme finden. Näheres hierüber weist auf portofreie Anfrage nach die Zeitungs-Expedition.

Unterricht in allen weiblichen Handarbeiten wird gegen ein billiges Honorar, so wie Anfangsgründe im Klavierspiel ertheilt. Wo? weist Frau v. Blumberg, Bäckerstraße No. 13. nach.

Ein junger Mann, welcher deutsch und polnisch spricht und die Conditorei erlernen will, kann sich melden Bronkerstraße No. 4. bei H. Wrzesniewski.

Lotterie.

Die Ziehung der III. Klasse 18ster Lotterie beginnt am 26ten d. Mts. Ich fordere daher meine geehrten Spieler hierdurch auf, die Erneuerung ihrer Loose bis dahin zu bewirken.

Auch sind Kauflose vorräthig. Der Lotterie-Ober-Einnehmer Vielesfeld.

Zephir-Wolle in allen Farben (à Loth 3 Egr.) wie auch eine Auswahl Stickmuster empfiehlt J. Genster, neben der Friedrichswache.

Sicheres Schutzmittel gegen die Cholera.

Die wichtige Entdeckung, daß die Ursache der Cholera in der Luft liegt, und zwar in gestörten Verhältnissen der Electricität und des Erdmagnetismus, hat zur Auffindung von Schutzmitteln gegen

diese Krankheit geführt, die auf jener Entdeckung beruhen.

Die galvano-electrischen Rheumatis-mus-Ketten haben sich nach offiziellen Berichten aus Petersburg als ein so sicheres Mittel gegen die Cholera bewährt, daß auch nicht eine einzige Person, welche eine solche Kette trug, von dieser schrecklichen Krankheit befallen wurde.

Das Stück von obigen Ketten kostet 15 Egr. und sind selbige nur acht zu haben bei J. J. Heine, Markt 85.

Vermietung.

In dem Fichtner'schen Hause, Mühlenstr. No. 12., sind mehrere große und kleine Wohnungen neu restaurirt und theilweise tapezirt, mit und auch ohne Stallung, sogleich und vom 1. Oktober ab zu vermietthen. Nähere Auskunft im Administrations-Bureau Friedrichsstraße No. 30. Anschüß.

Königs-Straße No. 2. sind vom 1. Oktober ab zwei Parterre-Wohnungen mit und ohne Stallung und Wagenremise zu vermietthen. Anschüß.

Breslauerstraße No. 37. ist im 2ten Stock eine Wohnung vom 1sten Oktober d. J. ab zu vermietthen. Freundt.

Eine Schlosserwerkstatt nebst Wohnung ist No. 145/16. Büttel- und Klosterstraßen-Ecke vom 1sten Oktober c. ab zu vermietthen. A. Weit.

Im Odeum sind mehrere kleine Wohnungen zu 30 und 40 Rthlr. mit und ohne Möbel zu vermietthen. Auch werden dafelbst alle Arten Flaschen zu dem höchsten Preise angekauft.

Markt No. 72. im Kolskischen Hause sind zwei Remisen und Stallung auf 4 Pferde sofort zu vermietthen. Anschüß.

Wohnungen à 3 und 4 Zimmer sind von Mikaeli c. ab, Schützenstraße No. 6. zu vermietthen.

Lokal- und Firma-Veränderung.

Meine bisher unter der Firma Beer Mendel am Markte No. 88. bestandene Galanterie-, Weiß-Porzellan-, Fayence-, Glaswaaren- und Tapeten-Handlung habe ich unter Firma: Nathan Charig vormals Beer Mendel nach Markt No. 90. verlegt, und bitte, mir das Vertrauen auch in dem neuen Lokal zu erhalten. Hiermit verbinde ich die Anzeige, daß ich eine Parthie zurückgesetzter Waaren zu bedeutend herabgesetzten, aber festen Preisen am 20sten und 21sten d. M. verkaufen werde. Nathan Charig.

Neue Straße, in dem Kobylpöler Keller wird von heute ab das Quart Milch zu 1 Egr. 4 Pf. verkauft. Posen, den 16. September 1848.

Schilling.

Heute Sonntag, den 17. September 1848.: Großes Concert, ausgeführt von der Kapelle des 5ten Inf.-Regts. Entrée à Person 2½ Egr. Anfang 3½ Uhr. C. Winter, Musikmeister.

1 Rthlr. Belohnung.

Auf dem Wege vom Eisenbahnhofe nach dem alten Markt ist ein, der Stadtverordneten-Versammlung gehöriges, aus ungefahr 6 Bogen bestehendes Convolut Papiere, enthaltend Moratorien-Angelegenheiten, verloren gegangen. Wer dasselbe entweder bei dem Stadtverordneten-Vorsicher Knorr, oder im Lotterie-Comptoir, Markt- und Büttelstraßen-Ecke abgibt, erhält obige Belohnung.

An das Publikum.

Wäre ich von einem Andern, als den allbekannten Herrn Schreeb öffentlich so angegriffen worden, wie es in der Posener Zeitung vom 16ten und durch Anschlag an den Straßenecken geschehen, dann würde ich meine Ehre allerdings für verlegt halten können, so aber spricht für mich der Grundsatz, daß derjenige, der keine Ehre besitzt, von dem Publikum schon als Narr wiederholt öffentlich anerkannt, aus den Volksversammlungen wie Schimpf und Schande hinausgewiesen worden ist, Niemanden zu beleidigen vermag. Aus einem so unreinen Munde, der es nicht scheut, den Vorwurf einer schlechten Handlung durch Lüge von sich abzuwenden, wird jede Beschimpfung zum Lobspruch, und mit solchem Menschen kann jeder ohne Furcht sich dem verglei-

henden Urtheil des Publikums anvertrauen. Wie übrigens das Publikum über den Herrn Schreeb urtheilt, hat ihm dasselbe erst in der neuesten Zeit durch die ihm gebrachte großartige Kagenmusik und dadurch bewiesen, daß es ihn mit Prügel bedroht und er nach seinem eigenen Geständnisse gezwungen wird, sich gegen die Ausführung dieser Drohung durch das beständige Mitführen einer scharfen Waffe zu sichern. Weimann, Justiz-Commissarius.

Der Justiz-Commissarius Weimann hat in einem der No. 215. dieser Zeitung beigefügten besonderen Blatte gesagt:

„Herr Schreeb habe Zeit zu gewinnen gesucht, „das von ihm angegebene Manöver mit dem „Glaser Bley zu machen, um auf Kosten seines Sohnes 33 Rthlr. zu gewinnen.“

Ich will mich nicht in eine Sache mengen, die ich nicht kenne, das weiß ich aber gewiß, daß Hr. Weimann seinen Ruf als Jurist und als Geschäftsmann durch obige Aeußerung vollständig aufs Spiel gesetzt hat.

„Sein Sohn ist und bleibt immer dieselbe Summe schuldig, gleichviel ob ich sein Gläubiger „bin, oder ob ich meine Rechte ganz oder theilweise an Andere cedire.“

Herr Schreeb hat also nicht auf Kosten des Weimann jun. obiges Manöver ausgeführt, sondern ich allein habe die 33 Rthlr. verloren. Und um dem geehrten Publikum reinen Wein einzuschlecken, spreche ich hier aus voller Seele dem Herrn Schreeb meinen aufrichtigsten Dank dafür aus, daß er so gütig gewesen ist, mir zu solchem Preise einen Theil meiner Forderung an Herrn Weimann jun. abzukaufen, und ich werde demjenigen sehr dankbar seyn, der mir den Rest dieser Forderung, wenn auch nur mit 50 Rthlr., abzukaufen geneigt seyn wollte. Auf diese Weise würde ich doch Etwas bekommen. Vielleicht veranlaßt diese Offerte den ächtbaren Vater eines ehrenwerthen Sohnes, eine Schuld des Letzteren billig zu acquiriren und dadurch zu tilgen; ich für meinen Theil will den mir hieraus wiederum entstehenden Verlust, obgleich nur ein Handwerksmann, gern tragen. Posen, den 16. September 1848. David Bley, Glaser.

Wo steht es geschrieben, Herr Dr. Kr. . . . , daß Knaben beim Kr.-Wilh.-Gymnasio, welche ihre verlegten Lösblätter zurückverlangen, Straf-Arrest erleiden müssen. Ein Schulfreund.

Berichtigung. In No. 216. der gestrigen Zeitung ist in der Bekanntmachung der Herren Baumert & Rab Silber Zeile 5. von unten statt ermitteln zu lesen: vermitteln.

Berliner Börse.

Table with columns: Den 15. September 1848., Zinst., Brief., Geld. Rows include Staats-Schuldscheine, Seehandlungs-Prämien-Scheine, Kur- u. Neumärkische Schuldversch., Berliner Stadt-Obligationen, Westpreussische Pfandbriefe, Grossh. Posener, Ostpreussische, Pommersche, Kur- u. Neumark., Schlesiache, v. Staat garant. L. B., Preuss. Bank-Antheil-Scheine, Friedrichsd'or, Andere Goldmünzen à 5 Rthlr., Disconto, Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte: Berlin-Anhalter A. B., Prioritäts-, Berlin-Hamburger, Prioritäts-, Berlin-Potsdam-Magdeb., Prior. A. B., Berlin-Stettiner, Köln-Mindener, Prioritäts-, Magdeburg-Halberstädter, Niederschles.-Märkische, Prioritäts-, Ober-Schlesische Litt. A., B., Rheinische, Stamm-Prioritäts-, Prioritäts-, Thüringer, v. Staat garantirt, Stargard-Posener.